

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Beschäftigungsförderungsgesetz - Umweltschutz - Kuponsteuer - Europäisches Parlament - Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1984) : Kurz kommentiert: Beschäftigungsförderungsgesetz - Umweltschutz - Kuponsteuer - Europäisches Parlament - Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 8, pp. 365-366

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135946>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Beschäftigungsförderungsgesetz

Vorstoß am Lehrstellenmarkt

Im zweiten Entwurf des Arbeitsministers für ein Beschäftigungsförderungsgesetz ist vorgesehen, das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit für Ausbildungsstellen aufzuheben. Privatpersonen und private Organisationen sollen Lehrstellen vermitteln können, allerdings nur unentgeltlich und unter Aufsicht der Arbeitsämter.

Der Vorstoß des Ministers mit dem Ziel, private Initiative zu fördern und überhöhte Schutzvorschriften abzubauen, ist zu begrüßen. Tatsächlich werden dadurch Bemühungen von Einzelpersonen und von Verbänden und Kirchen, die bisher von den Arbeitsämtern geduldet wurden, nun nachträglich legalisiert, und es werden neue private Bemühungen gefördert. Da die bisherigen Erfahrungen durchweg positiv waren, ist Mißbrauch nicht zu erwarten. Auch wird angesichts der strengen Auflagen das generelle Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt nicht gefährdet.

Fraglich ist aber, ob von derartigen privaten Initiativen ein wesentlicher Beitrag zum Abbau der gravierenden Diskrepanzen zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Lehrstellenmarkt geleistet werden kann. Sicherlich sind spezielle lokale Kenntnisse und privates Engagement hilfreich. Und sicherlich haben private Vermittlungsbemühungen auch zum unerwartet großen Anstieg der Zahl neuer Ausbildungsverträge im letzten Jahr beigetragen. Dringend nötig ist aber vor allem, die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter zu verbessern. Auf eine Schwachstelle in diesem Bereich deutet schon hin, daß seit mehreren Jahren immer weniger Lehrstellen über eine Einschaltung der Arbeitsämter besetzt werden; 1981 waren es noch mehr als 80 % der Stellen, 1983 nur noch zwei Drittel. Die Arbeitsämter sollten sich daher bei den Unternehmen um ein intensiveres Marketing ihrer Vermittlungsleistungen bemühen. sp

Umweltschutz

Vertane Chance

Nur einen Monat, nachdem der Innenminister den Umweltschutz zur wichtigsten Aufgabe unserer Zeit nach der Sicherung des Friedens erklärte, hat die Regierung

beschlossen, daß das Kraftwerk Buschhaus wie geplant ohne Entschwefelungsanlage in Betrieb gehen kann. Gleichzeitig wird vorgerechnet, daß die gefundene Lösung mit der Verwendung normaler Braunkohle und der Schadstoffreduzierung an anderer Stelle umweltfreundlicher sei als die Nichtinbetriebnahme. Tatsache bleibt aber, daß im Jahr 1984 ein Kraftwerk ans Netz gehen soll, dessen Schwefelabgabe den Grenzwert der Großfeuerungsanlagenverordnung um mindestens das Zehnfache übersteigt. Selbst unter den alten Kraftwerken in der Bundesrepublik weist nur ein einziges – bezogen auf die Leistung – eine ähnlich hohe SO_2 -Emission auf.

Die Versicherung, mit der getroffenen Entscheidung sei für die Umwelt das Äußerste getan und gleichzeitig würden die betroffenen Arbeitsplätze langfristig gesichert, vermag nicht zu überzeugen. Spätestens 1980, als die Diskussion um das Kraftwerk einsetzte, mußte klar sein, daß das Projekt nicht mehr in die veränderte umweltpolitische Landschaft paßte und eine ausreichende Entschwefelung unerläßlich sein würde. Die beklagte Gefährdung der Arbeitsplätze bei Nichtinbetriebnahme des Kraftwerks ist allein Folge der jahrelangen Weigerung, die Kritik ernst zu nehmen. Und wenn sich die Befürworter der jetzt beschlossenen Lösung als Retter der Arbeitsplätze bezeichnen, vergessen sie dabei, auch jene Arbeitsplätze zu erwähnen, die andernorts gefährdet werden, weil Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung unterbleiben. Die Möglichkeit, in Buschhaus den ernsthaften Willen zur Verminderung der Umweltbelastung zu dokumentieren, ist jedenfalls vertan worden – und dies nicht erst mit der Betriebsgenehmigung. ma

Kuponsteuer

Überfälliger Schritt

Der neue Wirtschaftsminister Bangemann hat sich unlängst – zusammen mit seinem Kabinettskollegen Stoltenberg – dafür ausgesprochen, die Kuponsteuer von 25 % für festverzinsliche Wertpapiere von Ausländern abzuschaffen. Dies kommt kaum überraschend, war doch die Bundesregierung in Zugzwang geraten, weil die amerikanische Regierung die Wettbewerbsfähigkeit von Finanzanlagen in den USA verbesserte, als sie die Quellensteuer aufhob, die bislang die Zinseinnahmen ausländischer Einleger geschmälert hatte.

Ursprünglich hatte die Kuponsteuer hierzulande die Aufgabe, Kapitalzuflüsse in die Bundesrepublik abzubremesen, um damit die D-Mark vor einem allzu großen Aufwertungsdruck an den internationalen Devisenmärkten zu schützen. Davon ist zur Zeit aber wenig zu spüren. Im Gegenteil, schon seit 1980 verliert die D-Mark gegenüber dem US-Dollar kräftig an Boden.

Daß die schon seit langem obsolete Kuponsteuer bis heute überleben konnte, ist wohl nur damit zu erklären, daß der Fiskus eine Einkommensquelle nur ungern aufgibt. Das Festhalten an der Kuponsteuer war aber sehr kurzfristig. Letztlich führte die Ausländersteuer dazu, daß der Zins in der Bundesrepublik höher ist, als er es ohne sie wäre, weil die heute sehr gefragten internationalen Anleger nur dann Finanzaktiva in der Bundesrepublik halten, wenn sie einen Ausgleich für ihre Zinsschmälerung durch die Kuponsteuer erhalten. Zudem wird ein heute recht unerwünschter Druck auf die D-Mark ausgeübt. Beides verschlechtert aber die Verschuldungsmöglichkeiten von Staat und Unternehmen. Somit ist dieser nun geplante Schritt auch aus konjunkturellen Erwägungen längst überfällig. gm

Europäisches Parlament Druck auf London

Durch einen Paukenschlag gleich in seiner ersten Sitzungswoche ließ das neugewählte Europäische Parlament aufhorchen: Es blockierte die Auszahlung von 750 Mill. ECU, die an Großbritannien – zur Begrenzung seiner EG-Haushaltsbeiträge 1983 – rückerstattet werden sollen. Grund dafür ist die britische Weigerung, einem EG-Nachtragshaushalt für 1984 über gut 2 Mrd. ECU zuzustimmen, der die Gemeinschaft vor der Ende des Jahres zu erwartenden Zahlungsunfähigkeit bewahren soll. Während die neun anderen Regierungen und das Parlament für zusätzliche (nationale) Mittel plädieren, fordert Großbritannien einen Haushaltsausgleich im Wege von Einsparungen. Das Junktim zwischen Beitragsrückgewähr und Zustimmung zum Nachtragshaushalt hat dabei allein das Parlament zu vertreten.

Sicherlich ließ das Parlament seine Muskeln auch deshalb spielen, weil es nach der katastrophalen Wahlbeteiligung seine Existenzberechtigung durch forciertes Vorgehen beweisen will. Gerade die Beitragsrückzahlungen waren den Parlamentariern – sofern sie nicht von der Insel stammten – ein Dorn im Auge. Lieber hätten sie die Mittel für neue Politiken „verteilungsgerecht“ eingesetzt.

Ob die parlamentarische „Disziplinierungsaktion“ gegen Großbritannien ihre gewünschte Wirkung erreicht, ist zweifelhaft. Das bisherige Verhalten der britischen Regierung läßt eher erwarten, daß sie sich zu verstärktem Widerstand provoziert fühlt. Anzunehmen ist aber, daß sich trotz der angeheizten Konfliktsituation schließlich ein Kompromiß findet. Er könnte darin bestehen, daß zwar ein Nachtragshaushalt verabschiedet wird, er aber durch Einsparungen niedriger ausfällt als vorgesehen. Die europäischen Steuerzahler würden damit von der Haltung der Regierung Thatcher profitieren. kr

Frankreich Gute Vorsätze

Der neue französische Ministerpräsident Laurent Fabius betont stärker noch als sein Vorgänger nach dem Kurswechsel im Frühjahr 1983 die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums durch verbesserte Angebotsbedingungen als Voraussetzung für ein neues gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht. Er hält dabei an der „Politik der Strenge“ fest, die bei dem kurzfristig wichtigsten Ziel, der Eindämmung des Preisauftriebs, inzwischen auch deutliche Erfolge gebracht hat. Stärkeres Gewicht als bisher wird aber auf die Modernisierung der französischen Wirtschaft gelegt. Hierdurch sowie durch einen starken Ausbau insbesondere der technologischen Dienstleistungen soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit spürbar verbessert werden. Ihren institutionellen Niederschlag finden diese Bemühungen, die dem japanischen Muster folgen, in der Bildung eines Ministeriums für industrielle Entwicklung und Außenhandel.

Fraglich ist allerdings, ob die angekündigte Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden kann, ohne frühzeitig an eine Akzeptanzschwelle zu stoßen. Die Austeritätspolitik hat bereits zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit seit dem vergangenen Herbst geführt. Durch Maßnahmen zur Sanierung der Krisenbranchen Kohlebergbau, Stahlindustrie, Werften, aber wohl auch der in argen Absatzschwierigkeiten befindlichen Autoindustrie – der Marktanteil ausländischer PKWs ist kräftig gestiegen, obwohl die japanische Konkurrenz praktisch ausgesperrt ist –, werden noch zahlreiche Arbeitsplätze verlorengehen. Der Wahlsieg der Sozialisten von 1981 aber war insbesondere mit dem Versprechen gewonnen worden, die Arbeitslosigkeit energisch zu bekämpfen. Hieran dürfte nicht zuletzt die KPF, die sich jetzt aus der Regierung zurückzog, zunehmend erinnern, und die kommunistische Gewerkschaft CGT wird ihre bisherige „positive Enthaltung“ sicherlich überprüfen. wt